

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Gerner, Gottlingen-Zürich
Rathhofstrasse 2.
Hoflieferungen
franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 42.

Donnerstag, 13. Oktober.

1881.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmasse vernachlässigt werden, die Briefmarken aber den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unmerkliche Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beiderseitige Sicherheit. Ferner ist es notwendig, daß wir gewiß weder Nähe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten dem „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Abonnements

werden nur beim Verlag aus-
begeben und werden gegen-
genommen und zwar zum
voraus zahlbaren

Wortjahrespreis von:
Nr. 1. — für die Schweiz (Kreuzband)
Nr. 2. — für Deutschland (Kreuzband)
Nr. 3. — für Oesterreich (Kreuzband)
Nr. 4. — für alle übrigen Länder der
Welt (Kreuzband).

Inserate

Die beizugelieferten Beiträge
25 Gfr. — 20 Wfr.

Unsere auswärtigen Abonnenten,

Familien, Vertrauensleute u. dgl. legen wir uns Herz, Ab-
rechnungen und Abonnementsverlängerungen, soweit noch
nicht erfolgt, ungesäumt zu bewerkstelligen, ebenso wollen alle Ab-
onnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des
ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unter-
brechung in der Lieferung eintreten muß.

Unsere Vertrauensadressen sind bekannt.
Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller.
Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere
Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.

Da nicht wenige auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie
in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankieren,
wodurch uns erhebliche Verluste durch Straßportien entstehen, so bemerken
wir hiemit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15. Gramm) nach der Schweiz
kosten:

aus Deutschland 20 Wfr.
aus Oesterreich-Ungarn 10 Krz.
Bei schwereren Briefen kosten immer
je 15 Gramm weitere 20 Wfr., bezw. 10 Krz.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als
wir ungenügend frankierten Sendungen in der Regel
die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Kein Kompromiß!

Das ist und bleibt unsere Lösung in dem gegenwärtigen
Wahlkampf. Damit nicht hier und da die Genossen auf den
Phrasenleim demokratisch ihuender Gegner gehen, sei noch einmal
ausdrücklich vor aller fortschrittlich-volksparteilichen Stimmen-
führung gewarnt.

Die Herren Fortschrittler — und die sogenannte „Volkspartei“
ist ja nur ein Anhängel derselben — geben sich seit Monaten
alle erdenkliche Mühe, um unter dem Schutz des Sozialisten-
gesetzes, in den Kreisen der Sozialdemokratie, moralische Eroberungen
zu machen. Ihre Wahlreden und Wahlaufsätze — von
der Aufstellung eines Wahlprogramms haben Sie charakter-
istisch Weise Abstand genommen — sind ganz wesentlich auf
die sozialistischen Wähler berechnet. Die Schlagwörter und
Rebellenwendungen sind zum Teil sozialdemokratischen Flugblättern
entlehnt, und das Versprechen, nachdrücklich gegen die Bismarck'sche
Politik aufzutreten, das Uebel des Militarismus bekämpfen und
keine neue Steuern bewilligen zu wollen, ist wohl geeignet,
Diesen und Jenen zu blenden.

Es ist deshalb notwendig, den Herren Fortschrittler die
Heuchlermaske vom Gesicht zu reißen, und sie als das hinzu-
stellen, was sie in Wirklichkeit sind: rückhaltlose Vertreter
der Ausbeuterklasse, und servile Anbeter der heu-
tigen Ordnung der Dinge, der politischen ebenso
wie der ökonomischen.

Die Ausbeuterklasse, die Bourgeoisie hat ihr Evangelium in
dem Manchesterthum, in der Freihandelslehre. Die
dieses Evangelium den Kultus des krassesten Materialismus, die
Religion des niedrigsten Egoismus in sich schließt, wird es
heutzutage von seinen weissen früheren Anhängern verleugnet;
und sogar die nationalliberale Partei, von Haus aus die Bour-
geoispartei par excellence, hat sich bemüht gefunden, mit dem
Manchesterthum zu brechen. Nur noch eine Partei hat den
Zynismus, sich offen zu dem Manchesterthum zu bekennen, und
es in allen seinen Konsequenzen zu befürworten: und das ist
die Fortschrittspartei.

Herr Eugen Richter, der Führer der Fortschrittspartei, ist der
Hauptapostel des Manchesterthums, im deutschen Reichstag und
preussischen Landtag, und folgerichtig auch der ärgste, vor keiner
Verleumdung zurückschreckende „Sozialistenfresser“. Augenblicke von
Recken des Herrn Richter, die Haltung der Fortschrittspartei in
allen wirtschaftlichen und sozialistischen Fragen, alle Abstimmungen
der Fortschrittspartei bezeugen diese Thatsache, und erheben sie
über jeden Zweifel.

Manchesterthum und Sozialismus sind aber diametrale
Gegensätze; und die Fortschrittspartei steht als Partei des
Manchesterthums par excellence, der sozialistischen Partei in
unvermittelbarem Antagonismus schroff feindlich gegenüber.

Dieses Moment genügt, um die Unmöglichkeit auch nur einer
vorübergehenden Annäherung an die Fortschrittspartei — von
anderen Parteien ganz zu schweigen — klar zu legen.

„Aber, wendet man wohl ein, auf politischem Gebiet haben
wir desto mehr Berührungspunkte mit der Fortschrittspartei.
Gleich uns bekämpft sie das Bismarck'sche System, sie ist gegen
neue Steuern, gegen das Sozialistengesetz — kurz, sie stimmt
in Vielem mit uns überein, — erheischt unser Interesse nicht,
daß wir ihr in solchen Wahlkreisen, wo wir selber keine Aus-
sichten haben, und bei Stichwahlen, wo kein sozialistischer Kan-
didat in Frage kommt, Vorschub leisten?“

Nein und noch mehr nein!

Die Opposition der Fortschrittspartei ist eitel Heuchelei.
Der Fortschrittspartei fällt es nicht ein, das Bismarck'sche System
ernsthaft zu bekämpfen. Beweis:

Trotz aller Tiraden gegen das erdrückende Militärbudget hat
sie seit Gründung des norddeutschen Bundes in jedem Reichstag
einstimmig für das erdrückende Militärbudget gestimmt.
Und trotz aller Tiraden gegen die, ihrer eigenen Behauptung
nach, den Wohlstand des Volkes vernichtende Politik Bismarck's,
hat die Fortschrittspartei sich feierlich dagegen verwahrt, den
Sturz Bismarck's zu erstreben.

Wenn Bismarck, wie die Fortschrittspartei sagt, durch seine
Politik wirklich den Wohlstand des Volkes vernichtet, dann muß
er auch beseitigt werden.

Entweder ist es der Fortschrittspartei nicht Ernst mit ihren
Deklamationen; oder sie hat nicht den Muth, ihre Worte wahr
zu machen.

In dem einen wie in dem andern Fall verdient sie nur unsere
Verachtung.

Um ihre jämmerliche zweideutige Haltung zu beschönigen, haben
die Herren Fortschrittler sich eine wunderbar blödsinnige Theorie
eronnen, oder richtiger, eine wunderbar blödsinnige Theorie
wieder aufgefressen, nämlich die berühmte Zweifelselektio-
ne: Bismarck hat zwei Seelen, eine schwarze und eine weiße;
die weiße Seele funktionirt in der auswärtigen, und die schwarze
in der inneren Politik. So verberlich die schwarze Seele
auf wirtschaftlichem Gebiete ist, so segensreich wirkt die weiße
auf dem Gebiet der auswärtigen, der „hohen“ Politik. Und da
man nun Bismarck nicht in Stücke zerschneiden, und den weiß-
seeligen nicht von den schwarzseeligen Bismarck trennen kann,
und da das große ruhmvolle deutsche Reich, welches von dem
weißseeligen Bismarck geschaffen wurde, ohne seinen „Schöpfer“
nicht fortexistiren kann, so muß der schwarzseelige Bismarck dem
weißseeligen zu Lieb in den Kauf genommen werden.

Das ist die famose Theorie, hinter welcher die Fortschritt-
spartei ihre Erbärmlichkeit zu verdecken sucht.

Mit Recht verhöhnt die „Provinzialkorrespondenz“ die fort-
schrittliche Zweifelselektio- und fordert die Partei heraus, sich
doch endlich für oder gegen Bismarck zu erklären. Die Fort-
schrittspartei beachtet es nicht: sie ratiocinirt fort über den schwarz-
seeligen Bismarck und ruft fort Positivismus! über den weißseeligen
Bismarck.

Man kann sich von dieser widerlichen Heuchelei nur mit Ekel
abwenden — die Fortschrittspartei bekundet dadurch von Neuem,
und auf das Eklatanteste, daß sie in der That „die Partei der
politischen Heuchelei“ ist, wie ihr einst von einem sozialistischen
Abgeordneten ins Gesicht geschleudert ward.

Wenn die Fortschrittspartei aus ihrer Bekämpfung des Sozia-
listengesetzes Kapital schlagen will, so ist ihr entgegenzuhalten,
daß bei Diskutirung des Sozialistengesetzes Herr Hänel im
Namen der Fortschrittspartei die Verschärfung
und Verschlechterung des gemeinen Rechts vorschlug.
Um das Ausnahmengesetz zu vermeiden, und die Lüge des „Rechts-
staats“ zu wahren, sollte der Strick der Reaktion allen Staats-
bürgern über den Kopf gemorren werden!

Und außerdem ist es gar nicht einmal wahr, daß die Herren
Fortschrittler prinzipielle Gegner des Ausnahmengesetzes seien. Die
Fortschrittspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus notorisch
für die Ausnahmengesetze gegen die Katholiken ge-
sprochen und gestimmt; und das Wort „Kulturkampf“
ist bekanntlich von dem großen Fortschrittlichen Virchow erfunden
worden, und zwar nicht in ironischem Sinn, sondern in echt
vulgär-liberaler Loyalität.

Wir könnten das fortschrittliche Sündenregister noch lang aus-
dehnen. Das Gesagte reicht aber aus, — über und über. In
Zeiten der Aufregung wird leicht vergessen, und wer einem
mächtigen Feind im Kampf um Leben und Tod gegenübersteht,
ist leicht geneigt, Worte der Sympathie zu überschätzen, und
da Freundschaft zu erblicken, wo augenblicklich die Feindschaft
nur ruht.

Man darf sich hierin auch nicht täuschen lassen durch die
Haltung einzelner fortschrittlicher Organe, wenn sie gelegentlich
in ungewohnt mannhafter Weise für die bedrohten Rechte des
Volkes eintreten. Der Ausdruck eines Blattes ist nicht der
Standpunkt der Fortschrittspartei und ist gerade dasjenige Blatt,
das wir hier speziell im Auge haben, noch stets von dem Herrn
Richter und den übrigen Fortschrittler mit Emphase als das
enfant terrible der Partei bedauert worden.

Also unter keinen Umständen Kompromisse mit der Fortschritt-
spartei und anderen volksparteilichen Anhängeln! Die Fortschritt-
spartei ist uns als Sozialisten und als Demokraten gleich anta-
gonistisch. Fanatische Gegnerin der sozialistischen Weltanschauung,
hat sie alle Grundzüge der Demokratie mit Füßen getreten, ist
ihre Parteigeschichte ein fortgesetzter Verrath an der Demokratie.

Ein Vastiren mit dieser Partei, ja nur eine Annäherung an
diese Partei wäre von unserem sozialdemokratischen Parteistand-
punkte aus ein Doppelverrath, ein Verrath am Sozia-
lismus, und ein Verrath an der Demokratie.

Der sozialistische Weltkongress*).

(Fortsetzung.)

Ehe wir zur Veröffentlichung der einzelnen Berichte der Delegirten,
über den Stand der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern
schreiten, welche den Schluß der zweiten und den größten Theil der
dritten Sitzung in Anspruch nahmen, halten wir es für zweckmäßig, über
den Gesamtverlauf des Kongresses und die gefassten Beschlüsse zu
referiren.

Zu Punkt III: „Ist eine Föderation der sozialistischen Kräfte möglich
und auf welcher Grundlage soll sich dieselbe vollziehen?“ beantragte der
deutsche Delegirte, die Beantwortung dieser Frage auf den nächsten
Kongress zu vertagen angesichts der Thatsache, daß die Voraussetzungen
einer solchen Föderation noch in vielen Ländern fehlen; bis dahin ge-
nüge die Anerkennung und Aufrechterhaltung der internationalen Soli-
darität.

Bzgr. Radow stellt den Zusatzantrag, der Kongress möge eine
Kommission von zwei Personen ernennen, denen die Ausarbeitung der
nützigen Vorlage obliege.

Bzgr. Joffrin schließt sich dem Antrag Braun an und bekämpft
das Amendement Radow. Man möge vielmehr die Vorarbeiten dem
Einberufungskomitee des nächsten Kongresses überlassen.

R. G. Guire ist für den Antrag, für die Schaffung eines inter-
nationalen Verbandes zu wirken, steht aber nunmehr ein, daß der jetzige
Kongress noch nicht im Stande ist, eine genügende Organisation zu
schaffen. Ferner spricht er mit großer Lebhaftigkeit sich dafür aus,
sich nicht genüge, für die Gründung nationaler Arbeiterorganisationen, sich
auszusprechen, sondern daß es auch Pflicht sei, soviel als möglich denen
zu helfen, welche in ihren Ländern eine solche Partei zu schaffen wünschen.

Hierauf gelangt der Antrag Braun zur Annahme.

Zu Punkt IV der Tagesordnung: „Ausarbeitung eines gemeinsamen
Programms in Betreff der Prinzipien, der Agitation und der Propaganda
— alle Detailfragen vorbehalten“ — beantragt Mac Guire, daß auch
diese Frage aus obenangeführten Gründen auf den nächsten Kongress
vertagt werde. Ferner beantragte er zu Punkt III und IV der Tages-
ordnung noch, die Partei, welche den nächsten Kongress einberufe, möge
mit der Ausarbeitung einer entsprechenden Vorlage beauftragt werden. Er fügt
hinzu, daß die französische Partei hierzu bestimmt werden möge. Nach
einer kurzen Debatte stimmte der Kongress dem Antrag bei.

Punkt V der Tagesordnung: „Wäre es gut in jedem Lande ein
Büreau für Arbeitsnachweis und Unterstützung von Arbeitslosen, gemä-
regelten Sozialisten u. dgl. zu errichten?“ — führt Braun aus, diese Frage
sei selbstverständlich mit Ja zu beantworten und schlägt vor, man möge
den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder die Errichtung solcher
Bureaus dringend anempfehlen. Ferner empfiehlt er, daß die Bureaus
für Unterstützung verfolgter Sozialisten sich untereinander in Verbindung
setzen, um Mißbräuche zu verhindern und die Unterstützungsanträge
nach den Kräften der einzelnen Parteien auszusprechen. Radow stellt den
Zusatzantrag, es möge an einem bestimmten Ort ein Zentralkomitee er-
richtet werden, an welches die Mittheilungen betr. Unterstützung zu
richten sind, und welches seinerseits an die einzelnen Bureaus Auskunft
und eventuell Warnung zu ertheilen hat.

Vertraut (Belgien) und Mac Guire (Amerika) schließen sich dem An-
trag Braun lebhaft an. Ersterer führt aus, daß nach dem Falle der
Kommune Belgien mit flüchtigen Kommunisten überlaufen worden sei,
deren Unterstützung über die Kräfte der schwachen Partei ging. Das
Weiche sei der Fall gewesen nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes und
den Verhängungen des Belagerungszustandes in Deutschland. Die bel-
gische Partei habe dann auf dem vorjährigen Kongress eine Extrastener
von ihren Mitgliedern für diesen Zweck zu erheben beschlossen, aber all-
das habe sich in der Folge als ungenügend erwiesen und seien die ein-
zelnen Genossen oft über ihr Vermögen in Anspruch genommen worden.
Ebenso erklärt Mac Guire, daß der große Strom der flüchtigen deut-
schen Sozialisten sich sofort nach Amerika gewendet habe, wobei sich als-
bald derselbe Uebelstand wie in Belgien zeigte. Im vorigen Jahre ver-
ausgab die amerikanische Partei allein 25,000 Zfr. zu diesem Zweck.

Gegen den Antrag Radow wenden sich Braun und Joffrin. Ein
Zentral-Unterstützungsbureau bringe große Gefahren mit sich, erwecke
Hoffnungen, die es nicht erfüllen könne, und dürfe nur zu leicht die
Quelle von Zwistigkeiten werden, andere Schwierigkeiten (die verschie-
denen Landesgesetze u. dgl.) gar nicht zu rechnen. Der Antrag Braun wird
hiernach ohne Amendement angenommen.

Schluß der Sitzung Abends 8 Uhr.

Vierte Sitzung. 4. Oktober, Morgens 8 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte der deutsche Delegirte zu
Frage V nach zu Protokoll, daß die deutsche sozialistische Partei für den
Verkehr mit den auswärtigen sozialistischen Parteien in Jülich ein Bureau
errichtet habe, und daß dieses Bureau die Unterstützungskomitee der ver-
schiedenen sozialistischen Parteien bitte, ihm jeden Mißbrauch von Seiten
deutscher Flüchtlinge oder solcher Personen, die sich dafür ausgeben, so-
fort mitzutheilen, daß es sich dagegen verpflichte, die Unterstützungskomitee's
des Auslandes, so weit es in seinen Kräften stehe, bez. der deutschen
Flüchtlinge auf dem Laufenden zu erhalten.

*) Zu den in voriger Nummer aufgeführten Organisationen, die auf
dem Kongress vertreten war, haben wir als Ergänzung noch folgende
Zusätze abgedruckt: „Die vereinigten Gruppen deutschsprechender
Sozialisten in Paris, Brüssel und Kopenhagen hatten be-
schlossen, sich auf dem Weltkongress vertreten zu lassen und zu ihrem
Vertreter Genossen Georg gewählt. Derselbe konnte jedoch am Kongress
nicht theilnehmen, da derselbe von der abermaligen Verlegung des Ter-
mins keinerlei Mittheilung erhielt und sonach in Unkenntniß des Kon-
gresses war.“

Dagegen glauben wir, daß die Schuld doch auf Seite der Pariser Ge-
nossen liegt, welche das schweizerische Parteikomitee nicht rechtzeitig von
ihrer Vertagung benachrichtigten und außerdem durch die französischen
Parteiorgane über das Datum des Kongresses (1. Oktober) unterrichtet
sein konnten.

Es kam nunmehr Punkt VI.: „Welches sind die Wege, die unverzüglich zu ergreifen sind, um den Sozialismus zum Durchbruch zu bringen, wenn, auf welche Weise immer die Sozialisten an's Ruder kommen?“ — zur Debatte.

Joffrin stellt den Antrag, diese Frage von der Tagesordnung abzulegen, da dieselbe schlecht gestellt sei, und infolgedessen ihre Diskussion zu keinem nennenswerten Resultat führen könne. Bei der Voraussetzung, von welcher die Beantwortung ausgehen muß, werde es sich schwerlich um Wege handeln. Er wenigstens verwerfe die Idee, bei einem Siege der Sozialisten zunächst an einen Parlamentarismus zu denken. Ueberhaupt werde auf internationalen Kongressen zu viel Theorie getrieben, deren Folge nur Spaltung unter den Sozialisten sein könne. Viel richtiger sei es, die Zusammenfassung der sozialistischen Kräfte in eine kampffähige Organisation zu befördern. In der Hauptsache, Befreiung des Privateigentums an Grund und Boden, an den Arbeitsmitteln, sei man ja doch einig, die Detailsfragen werden von zu viel Nebendingen beeinflusst.

Bürger Bertrand tritt lebhaft für die Diskussion der Frage VI ein. Er anerkennt, daß dieselbe nicht präzis gestellt sei, und schließt sich dem vom deutschen Delegierten privatim geltend gemachten Standpunkt an, daß es sich, wenn die Sozialisten an's Ruder kommen, zunächst nicht um Wege, sondern um praktische Maßnahmen handeln werde. Dagegen sei es durchaus nicht überflüssig, schon heute sich darüber auszusprechen, welche Maßnahmen mehr zu treffen seien. Er weist auf das Beispiel der Kommune hin. Wenn er sich auch, nachdem der Kongreß unter so schwierigen Verhältnissen zusammen gekommen sei, dafür entscheiden könne, daß Frage VI bis zum nächsten Kongreß und inzwischen den Sozialisten aller Länder zum Studium empfohlen werde, so sei er doch entschieden dagegen, die Frage ganz von der Tagesordnung abzulegen. Es handle sich hier nicht bloß um eine theoretische Frage, sondern um eine Frage der praktischen Agitation. Wie alle andern Parteien, so lange sie in der Minorität sind, dem Volke sagen, was sie thun würden, wenn sie an der Macht wären, so müssen auch die Sozialisten mit ganz bestimmten Vorschlägen vor das Volk treten können.

Bürger Schwarz wendet gegen den Antrag Joffrin ein, daß man bis jetzt auf dem Kongreß nichts Praktisches geschaffen habe; man dürfe nicht auch die Beantwortung dieser Frage auch die lange Bank schieben. Alle reaktionären Bewegungen, wie 1830, 1848 und 1871 in Frankreich und 1848 in Deutschland, seien davon gescheitert, daß man sich über die Ziele nie klar geworden. Der Kongreß müsse also gerade diese Frage beraten.

Bürger Braun: Man würde sich über die Frage viel schneller verständigen können, wenn man sie speziell nach ihrem Sinn und Wortlaut beantworten wollte. Redner recapituliert nun als Beispiel die in Zürich über diesen Punkt stattgefundenen Debatten zwischen Schweizerischen und deutschen Sozialisten. Die letzteren können von der Ansicht nicht abgehen, daß die Sozialisten nur an's Ruder kommen können, wenn einerseits ein großer Teil des Volkes für den Sozialismus gewonnen sei, und andererseits die Bourgeoisie so abgewirtschaftet und die ökonomischen Verhältnisse so zugespitzt seien, daß ein namhafter Widerstand von Seite anderer Parteien nicht geleistet werden könne. In diesem Falle aber dürfe nur radikal vorgegangen werden. Uebrigens haben wir sowohl für die praktische Agitation als auch für die jeweils vorzunehmenden Maßregeln in unserem Parteiprogramm einen praktischen Leitfaden, beginnend in dem kommunistischen Manifest.

Die französische Delegation bringt nun folgenden Antrag ein: „In Erwägung, daß, so wenig es zweckdienlich ist, in theoretische Uebereinandersetzungen zu verfallen, es ebenso wichtig ist, sich über die ersten Maßnahmen zu verständigen; in Erwägung andererseits, daß diese Maßregeln sich durchaus nach den Verhältnissen der einzelnen Länder richten müssen, angesichts der verschiedenen ökonomischen und politischen Verhältnisse, in der Kongreß der Ansicht: daß Frage VI den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder zur Diskussion überwiegen wird, die sich gegenseitig die Beschlüsse mitzuteilen haben, welche sie gefaßt haben.“

Mac Guire ist der Ansicht, alle seien einverstanden, daß die soziale Revolution nur international sein könne, aber da sich detaillierte Bestimmungen zur Beantwortung dieser Frage heute noch nicht aufstellen lassen, so müsse man also diese Frage vorerst in Zeitungen etc. genügend erörtern.

Racow hält als erste Maßregel, deren Notwendigkeit auch auf dem Kongresse ausgesprochen werden müsse, die Bildung einer schlagfertigen Revolutionsarmee, um den besiegten Gegner nicht wieder aufkommen zu lassen.

Sonzett und Joffrin entgegenen ihm. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der französischen Delegation angenommen, derjenige Racow's abgelehnt.

In Frage VII: „Wäre es gut, ein offizielles Zentralorgan anzuerkennen oder zu schaffen, in welchem alle sozialistischen Theorien diskutiert werden?“ wird nach kurzer Debatte folgende von Hertzer und Schwarz gestellte Resolution angenommen: „In Erwägung, daß die Sprachverschiedenheit ein unüberwindliches Hindernis für die Gründung einer allgemeinen internationalen Assoziation ist, beschließt der Kongreß, allen Parteien der verschiedenen Länder zu empfehlen, nationale Blätter und Revuen zu schaffen, in welchen die sozialen Theorien besprochen werden können. Außerdem empfiehlt er die gegenseitige Mittheilung aller theoretischen Arbeiten.“

Bei Frage VIII: „Abfassung eines Manifestes, das in allen Sprachen unter den Arbeitern verbreitet werden soll, eines Manifestes, welches dem Volke klar und deutlich seine Lage darstellt, ihm sagt, was seine Herren und was die Sozialisten wollen und auf welche Weise es sich aus der modernen Sklaverei befreien kann.“ wird nach kurzer Debatte dahin entschieden, daß von dem Erlaß eines Manifestes heute abzusehen sei, dagegen solle eine Resolution ausgearbeitet werden, in welcher einerseits die Gründe hierfür angegeben, andererseits aber auch die Momente festgelegt werden sollen, über welche man schon heute einig sei.

Die Fassung der Resolution wird einer viergliederigen Kommission übergeben, in welche die Bürger Alexandrowitsch, Braun, Mac Guire und Malon gewählt werden.

Schluß der Sitzung 1 Uhr. Vertagung bis 4 Uhr.

Fünfte Sitzung. 4. Oktober, Nachmittags 4 Uhr.

Bürger Braun erstattet im Namen der gewählten Kommission Bericht. Die kurze Zeit, welche der Kommission gestellt worden sei, habe es nicht ermöglicht, eine Resolution zu vereinbaren, welche alle geltend gemachten Gesichtspunkte umfasse. Man habe sich schließlich dahin geeinigt, eine von dem französischen Mitgliede ausgearbeitete Resolution vorzulegen und es dem Kongresse zu überlassen, selbst über Annahme oder eventuelle Abänderung zu entscheiden. Nach eingehender Beratung wurde die Resolution wie folgt angenommen:

Der Kongreß ist der Ansicht, daß der Augenblick zur Ausarbeitung eines Manifestes, wie es Punkt 8 der Tagesordnung verlangt, noch nicht gekommen sei, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Arbeiterparteien befinden sich gegenwärtig in voller Krisis, die einen, wie die Franzosen, Belgiens, der Schweiz, Hollands, Dänemarks sind dabei, sich zu reorganisieren, die anderen, wie die deutsche, italienische und österreichische befinden sich im Kampf gegen die Repressalien ihrer Regierungen, während die russische Bewegung Angesichts der Annahmefeststellung, in welcher sich unter vorigen Wahlen befinden, noch nicht aus der Phase der Vermöhrungen hat hinaustreten können.

Ferner ist die neue Bewegung, welche der Internationalen Arbeiter-Assoziation gefolgt ist, noch zu jung und zu ungleich entwickelt, um ein allgemeines gültiges detailliertes Programm aufzustellen.

Endlich sind die ökonomischen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern noch nicht gleichartig entwickelt genug.

Unter solchen Umständen ist es unmöglich, allen europäischen und amerikanischen Arbeiterparteien allgemeingültige, bestimmte Verhaltensmaßregeln auf wissenschaftlicher Basis vorzuschreiben.

Die moderne Wissenschaft und die ökonomischen Thatsachen haben jedoch die Grundlagen einer gemeinsamen Thätigkeit hergestellt; diese können in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

Die moderne Gesellschaft beruht auf dem Gegensatz der Interessen, der seinen Ausdruck im Klassenkampf findet; daher ergibt sich für die Gesamtheit der Ausgebeuteten die Nothwendigkeit, sich gegenüber der bürgerlichen Partei als besondere Klassenpartei zu organisieren.

Die Verschiedenheit der Verhältnisse bringt uns in die Lage, alle Kampfmittel je nach den Umständen, anzunehmen, als da sind Streik, Streik, Reformen, Revolution, sogar im Falle der Nothwehr Verschwörung, wie z. B. in Rußland. Da andererseits die Zeit der Utopien vorüber ist und die heutigen Sozialisten, die sich wissenschaftlich unterrichten wollen, die Pflicht haben, die Lage und die historischen und politischen Bestrebungen ihres betreffenden Volkes zu studieren, um so gut als möglich den Charakter ihrer emanzipatorischen bestreidenden Thätigkeit zu bestimmen, stellt der Kongreß fest, daß die nächsten allgemeinen Ziele folgende sind: 1) Die volle körperliche und geistige Erziehung der Individuen auf Kosten der Gesamtheit. 2) Die Ueberführung aller Verkehrs- und Produktionsmittel in das Gemeineigentum. 3) Der volle Kleinvertrag der Arbeit für jeden Arbeiter nach Abzug der Gesellschaftlichen Lasten. 4) Der vollständige Lebenshalt, das heißt alle für die geistige und physische Existenz nötigen Unterhaltungsmittel werden von der Gesellschaft, nach Maßgabe ihrer Hilfsmittel, allen garantiert, welche für die Gesellschaft nützliche Arbeit verrichten, sowie allen Arbeitsunfähigen.

Der Kongreß anerkennt jedoch, daß schon in der nächsten Zukunft die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder sich über die Abfassung eines gemeinsamen Manifestes werden verständigen können, und fordert dieselben daher auf, Vorschläge für den nächsten internationalen Kongreß, dessen Organisation der französischen Arbeiterpartei anvertraut ist, auszuarbeiten.

Ferner wird unter allgemeiner Begeisterung folgende Resolution angenommen:

Der Internationale Kongreß von Chur sendet den revolutionären Sozialisten in Rußland, die in gerechter Nothwehr der Gewalt mit der Gewalt, dem Schrecken mit dem Schrecken antworten, seine sympathischen Grüße.

Ferner fordert der Kongreß alle freien Völker auf, öffentlich ihre Sympathien kundzugeben für alle die, welche kämpfen, leiden und sterben für die Freiheit und die soziale Gerechtigkeit gegen die moskowitische Tyrannei.

In Bezug auf eine gelegentlich der Berichterstattung über Polen entstandenen Differenz unter den polnischen Delegierten über die Stellung der polnischen Sozialisten zu den nationalen Unabhängigkeitsparteien geht der Kongreß nach lebhafter Debatte zur Tagesordnung über und zwar mit der ausdrücklichen Motivierung, „daß der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker kein lokaler oder nationaler, sondern ein internationaler und sozialer ist“, wonach sich die Stellung der Sozialisten von selbst bestimme.

Die Tagesordnung des Kongresses war somit erschöpft. Als Ort des nächsten Weltkongresses, der spätestens in zwei Jahren stattfinden soll, wird einstimmig Paris bestimmt.

Der Präsident Becker wirft einen kurzen Rückblick auf die Arbeiten des Kongresses und erinnert an den Internationalen Kongreß zu Basel 1869. Wie dieser sich getrennt habe mit dem Rufe: „Auf Wiedersehen in Paris“, so gehen auch diesmal die Delegierten auseinander mit dem Rufe: „Gut auf zum Pariser Weltkongreß“. Damals sei der Kongreß durch den deutsch-französischen Krieg und die sich an denselben anschließenden Ereignisse verhindert worden, hoffen wir, daß diesmal der Pariser Kongreß in der Lage sein werde, die ihm von uns übertragenen Arbeiten zu erledigen und damit einen tüchtigen Schritt vorwärts thun in der Befreiung des Proletariats aller Länder.“

Schluß der Sitzung Abends 7 1/2 Uhr.

Unmittelbar nach Schluß des Kongresses begaben sich die Delegierten zur Volksversammlung in den Saal zu den „drei Königen“. Das geräumige Lokal war zur festgesetzten Zeit bereits überfüllt; die Bevölkerung Churs legte das lebhafteste Interesse an dem Tag, aus dem Munde der Delegierten selbst die Behauptungen der Sozialisten in den verschiedenen Ländern kennen zu lernen. Nach einer kernigen Ansprache des Genossen Sonzett ergrieffen nach einander die Delegierten Seibert, Joffrin, Braun, Mac Guire und Alexandrowitsch, sämtliche unter großem Beifalle, das Wort. Kein Richter hätte diese von allen Theilen der Bevölkerung besuchte Versammlung.

Die politische Stellung der Arbeiter.

Am 28. Februar 1865, als Fürst Bismarck, damals noch einfacher Junker von Bismarck, eben so wie jetzt Karl in „Sozialismus“ machte und in Herrn von Schweiger ein williges Werkzeug fand, hielt Liebknecht im Berliner Buchdrucker-Verein eine Rede gegen den Bismarck'schen Staatssozialismus, welche jetzt von der liberalen Presse jählich wird, jedoch in so verflämelter Form, daß eine vollständige Wiedergabe der Originalansprechungen, welche Liebknecht sich seinerzeit gemacht, wohl am Platze sein dürfte. Man beachtliche das Datum: Herr Wagener hatte gerade die famose Weberdeputation in Syene geleitet, Bismarck sein Heerere si nequoq. superos Acheronta movebo (wenn ich die Götter des Himmels nicht bewegen kann, so werde ich die Hölle in Bewegung) gesprochen, Herr von Schweiger suchte die Arbeiter in dem Streit zwischen Bourgeoisie und Junkerthum auf Seite des Junkerthums zu drängen. Diefem Versuch widerlegte sich Liebknecht, der aus der Redaktion des „Sozialdemokrat“ austrat und in seiner Rede (se zog ihm beiläufig seine Ausweisung aus Berlin und Preußen zu) seinen Bruch mit Schweiger motivirte. Sie ist — mit einigen Abänderungen — wie für den gegenwärtigen Moment gehalten.

Liebknecht begann mit einer Skizze der politischen Stellung des Proletariats in England und Frankreich. In England und in Frankreich haben die Arbeiter stets an der Spitze der freiheitlichen Bewegung gestanden — entweder als eigene Partei oder mit den fortgeschrittenen Parteien vereint. Sie haben sich nie gegen die Freiheit gewandt oder mißbrauchen lassen. In der großen französischen Revolution (1789), in der Zurevolution (1830) und in der Februarrevolution (1848) befehdeten die französischen Arbeiter ihre freiheitliche Mission. Die Junischiacht (1848) war der definitive Bruch des Proletariats mit der Bourgeoisie. Die Furcht der Niederlage des Proletariats in jenem Kampf war der Staatsstreich des 2. Dezember (1850). Von dem furchtbaren Abbruch im Juni 1848 hatte das französische Proletariat sich damals noch nicht hinlänglich erholt, um seine eigene Politik verfolgen zu können. Es stand mit gekrenzten Armen da, als Bonaparte den Parlamentarismus beseitigte, der für die französischen Arbeiter nur das Maßraße und die Rechtslosigkeit (Beichränkung des Stimmrechts etc.) bedeutete.

Seitdem hat sich Bonaparte bemüht, das Proletariat für sich zu gewinnen. Ein altes Spiel. Ein Spiel, so alt wie der intelligente Despotismus, daß, wer die Freiheit eines Volkes mit Füßen tritt, sich auf die hungernden Massen zu stützen sucht. Cäsar, der Mörder der römischen Republik, suchte sich die Proletarien. Panem et circenses. Allerdings ist nur in Zeiten der sozialen Auflösung diese unaristokratische Verbindung der Despotie und Demagogie möglich.

Auch jetzt leben wir in einer solchen Zeit der Auflösung, nur mit dem Unterschied, daß unsere moderne Zivilisation, auf dem Prinzip der freien Arbeit beruhend — obgleich dasselbe nicht zur vollen Geltung gelangt ist — den Keim der Regeneration in sich trägt, während die antike Zivilisation, auf die Sklaverei gegründet, mit dieser zusammenbrechen mußte.

Cäsarismus und Parlamentarismus stehen sich heute gegenüber.

Der Parlamentarismus der Bourgeoisie ist Klassenherrschaft, aber insofern ein Fortschritt verglichen mit dem Absolutismus, als wenigstens ein Theil des Volkes in den Besitz politischer Rechte kommt. Freilich, weil nicht Alle im Besitz ihrer Rechte sind, wird das Recht zum ungerechten Privilegium. Es versteht sich: das Proletariat, welches, um sich zu emanzipieren, gegen das Vorrecht ankämpfen muß, welches, indem es sich selbst befreit, die Freiheit zum Gemeingut Aller macht, kann nicht für ein Regierungssystem sein, welches die Klassenherrschaft, die Herrschaft der Klassenprivilegien zum Inhalt und Zweck hat.

Aber, wenn die Arbeiter sich für den Parlamentarismus nicht begeistern können, so ist dies deshalb der Fall, weil er ihnen nicht weit genug geht, weil er die Vortheile des Staats auf eine Klasse beschränken will.

Es ist demnach selbstverständlich, daß der Cäsarismus, welcher darauf hinausläuft, das Schwert eines Mannes gegen den Willen eines Volkes in die Wagschale zu werfen, nicht im Interesse der Arbeiter sein kann. Vom gemäßigten, gemeinen Absolutismus, der heututage in seiner nackten Form nicht mehr möglich ist, unterscheidet sich der Cäsarismus bloß durch die demokratische Maske, bloß durch den Verlaß der organisierten Bekehrung des Proletariats.

Ist der Verlaß in Frankreich gelungen? Die Geschichte der letzten 15 Jahre gibt die Antwort. Welche Anstrengungen hat der Kaiser gemacht, um die Arbeiter zu gewinnen; und das Resultat ist: der Arbeiter — und es ist nur ein winziges Häuflein — welcher sich durch die pseudosozialistischen „Napoleonischen Ideen“ leiten läßt, ist ein Gegenstand der Verachtung für seine Klassen Genossen, darf sich in ehrlicher Arbeitergesellschaft nicht blicken lassen.

Wir kommen nun nach Deutschland. In politischer und ökonomischer Hinsicht ist es hinter Frankreich und England zurück: das Proletariat wie die Bourgeoisie sind hier weniger entwickelt als dort. Unsere Zustände sind aber den französischen ähnlicher als den englischen, weil unser Bürgerthum nicht im Besitz der politischen Herrschaft ist, und weil unsere Regierung, gleich der französischen, durch die Logik der Thatsachen wohl oder übel in den Cäsarismus hineingedrängt wird.

Bei uns nennt man den Cäsarismus Volkskönigthum. „Die Bourgeoisie will bloß die Vertretung einer Klasse, der König vertritt das gesammte Volk — folglich befindet sich das Volk besser unter dem Cäsarismus des Volkskönigthums als unter dem Parlamentarismus.“ Das ist das Raisonnement. Das „Volkskönigthum“ ist eine fromme Lüge. Die alten Volkskönige waren etwas anderes, als unser Junkerthum ist. Sie waren die Ersten unter den Gleichen; wenn man nicht mehr nötig oder möglich, mußten sie zurücktreten. Unser sogenanntes Volkskönigthum ist das freche „l'Etat c'est moi“ (der Staat bin ich) Ludwig XIV. in neuer Auflage. „Der König ist das Volk“ steht würdig dem: „Der Staat bin ich“ zur Seite.

Von einer eigentlichen Arbeiterbewegung in Deutschland kann erst seit anderthalb Jahren die Rede sein. Bis dahin gingen die Arbeiter, was natürlich, mit der Mittelklasse, oder, wie sie sich als politische Partei nennt, mit der Fortschrittspartei. Die Forderungen dieser Partei bilden, mit geringen Ausnahmen, auch einen Theil der Forderungen der Arbeiterklasse. Im Interesse des Arbeiters nicht minder, als des Bürgers ist es, daß der Staat nicht der Ausdruck eines allmächtigen Einzelwillens sei, daß das Recht herrsche statt der Willkür, daß die Waffen in den Händen des Volkes seien statt in den Händen eines eximirten Standes, der sie jeden Augenblick auf Befehl von oben gegen das Volk kehren kann.

Somit stimmen die Arbeiter mit dem Bürgerthum überein. Aber sie wollen mehr. Sie wollen Verbesserung ihrer sozialen Lage, und diese Verbesserung können sie nur auf politischem Gebiet erlangen.

Wohlan, wie hat sich die Fortschrittspartei gegenüber den Wortführern der Arbeiterpartei verhalten? Hat sie die Berechtigung der Arbeiterforderungen anerkannt? Nein! Sie hat erklärt, daß die sozialen Zustände vortheilhaft seien, daß es schon jetzt in den Händen der Arbeiter liege, sich durch die Schulze'sche Wunder-Medizin von allen Uebeln zu kurieren; sie hat die Wortführer der Arbeiter geschmäht, verleumdet, denunziert; sie hat dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber eine höchst zweifelhaftige Haltung angenommen, sie ist in der Koalitionsfrage den Arbeitern direkt feindlich gegenübergetreten — kurz, sie hat bewiesen, daß sie Vorrechte will, nicht die Gleichberechtigung Aller.

Und sie hat nicht bloß bewiesen, daß sie Sonderinteressen verfolgt, sie hat auch bewiesen, daß sie ihren eigenen Kampf nicht zu kämpfen weiß, daß sie nicht den Muth hat, ihre eigene Schlacht zu schlagen.

Der gegenwärtige Verfassungskonflikt kann nur enden entweder in einem faulen Kompromiß oder im Siege des Cäsarismus — wahrscheinlich in letzterem.

Auf der anderen Seite steht die konservative Partei der Arbeiterpartei jählich die Hand hin. Sollen die Arbeiter die Hand ergreifen? Es ist in neuerer Zeit ein gefährliches Wort ausgesprochen worden, das Wort Staatshilfe. Der Begriff, den es ursprünglich ausdrücken sollte, ist richtig, das Wort aber schlecht. Umgekehrt ist dem guten Wort Selbsthilfe ein schlechter Begriff untergeschoben worden.

Selbsthilfe — Unfann!

Staatshilfe — Unfann!

Das Individuum vereinzelt kann sich nicht selbst helfen. Und Staatshilfe im jetzigen Staat heißt bloße Hilfe für den jetzigen Staat.

Nur der Staat kann dem Volke helfen, von dem das Volk sagen kann: Ich bin der Staat. Der Volksstaat hilft aber nicht dem Volk — er ist das Volk, und in diesem Volksstaat hilft das Volk sich selber.

Die ökonomischen Leiden des Junkerthums wissen viel zu erzählen von der Noth der städtischen Arbeiter, der industriellen Proletariats. Nun, auf je einen städtischen Arbeiter kommen in Deutschland zwei ländliche Tagelöhner und sonstige Landproletarien, die zu den feindlichen Grundbesitzern in demselben Verhältniß stehen wie die Industriearbeiter zu den Bourgeoiskapitalisten. Und diese zwei Drittel der Arbeiterbevölkerung sind materiell mindestens ebenso abel daran, wie das städtische Proletariat.

Es ist wahr, sie klagen nicht über nur Leide — jedoch nur, weil sie weniger Gelegenheit haben, sich über ihre Zustände anzuklagen, also an Bildung tiefer haben. Wenn die Herren Grundbesitzer so wohl meinen mit dem Volk, mit dem armen Mann, warum legen sie nicht vor der eignen Thüre und sorgen für ihr eigenes Proletariat? Charity begins at home (die Nächstenliebe beginnt daheim) sagt der Engländer. Warum den Splitter sehen im Auge der Bourgeoisie, und nicht den Balken im eigenen?

Doch angenommen, die Herren Junken hätten sich über Nacht bekehrt und wollten wirklich das Wohl des Volkes fördern — sie können es nicht. Das Wohl des Volkes kann nur in einem freien, die Rechte Aller zur Geltung bringenden Volksstaat gefördert werden, und diesen Volksstaat kann das Junkerthum nicht gewähren, ohne auf seine Privilegien zu verzichten, die es so eifrig verteidigt, und zu deren Verteidigung es Sie, die Arbeiter, mißbrauchen will.

Keine Kongressionen kann das Junkerthum machen — ein paar Engdengeheule für sozialistische Experimente, vielleicht das allgemeine Stimmrecht. Kurz das Spiel des Bonaparte. Einige materielle Vortheile ohne Freiheit — das heißt die Sklaverei mit etwas besserer Zügelung. Der Regerrave ist ausreißend physisch besser gestellt als der freie Ju-

Edwells, Herrinbuchdruckerei Hoffmann-Straße